

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur:
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.

Das Auer Tageblatt erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen, mit Ausnahme der Sommerferien. Der Preis beträgt monatlich 2.00 Mark, vierteljährlich 5.00 Mark, halbjährlich 10.00 Mark, jährlich 18.00 Mark. Bei Vorbestellung des Jahresabonnements 17.00 Mark. Der Preis für den Einzelheft beträgt 15 Pfennig. Der Preis für den Einzelheft beträgt 15 Pfennig. Der Preis für den Einzelheft beträgt 15 Pfennig.

Angabe der Redaktion: Die Redaktion des Auer Tageblattes befindet sich in der Hauptstadt des Erzgebirges, in der Hauptstadt des Erzgebirges, in der Hauptstadt des Erzgebirges. Die Redaktion des Auer Tageblattes befindet sich in der Hauptstadt des Erzgebirges, in der Hauptstadt des Erzgebirges, in der Hauptstadt des Erzgebirges.

№. 173.

Mittwoch, den 27. Juli 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Die neuen Steuerentwürfe gelangen am 28. Juli zum erstenmal an das Reichskabinett. Dann werden sie dem Reichstag und dem Reichswirtschaftsrat zugehen.

Der Reichspräsident hat gestern den neuernannten Gesandten der Republik Oesterreich Friedl zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. Bei dem Empfang war der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rosen zugegen.

Geheime Pläne des polnischen Insurgentengenerals, die in deutsche Hände gefallen sind, beweisen die Bereitschaft eines neuen Aufstandes in Oberschlesien.

Neuer verbreitete folgende amtliche Meldung: Der Oberste Rat tritt am 4. August in Paris zusammen. Lord Curzon und Balfour vertreten England auf der Konferenz. Lloyd George ist wahrscheinlich nicht zugegen.

In Paris wurden die Ratifikationsurkunden des Friedensvertrages von Trianon ausgetauscht.

Helgoland bleibt deutsch.

Der hamburgische Korrespondent brachte dieser Tage eine aufsehenerregende Depesche aus Helgoland, nach der die auf Helgoland anwesende englische Marinekommission sich dahin ausgesprochen haben soll, daß England die Absicht habe, Helgoland der deutschen Reichshoheit zu entziehen und wieder England einzuverleiben. Ein Berichtler des Leipziger Tzbl. hatte in Helgoland Gelegenheit, mit dem Gemeindevorsteher Rücksprache zu halten, und kann nach besten Erkundigungen sagen, daß an der Meldung des hamburgischen Korrespondenten kein wahres Wort ist. Wohl besteht in Helgoland eine ganz kleine Gemeinde, die gern wieder unter englische Hoheit kommen möchte, sie hat aber gar keinen Einfluß, denn der größte Teil der Helgoländer sind echte Deutsche und denken gar nicht daran, die Insel vom Reiche loszulösen. Der Gemeindevorsteher glaubt übrigens gar nicht, daß in England die Absicht besteht, sich die Insel einzuverleiben. Denn wenn es das gäbe, hätte er nicht bis jetzt zu warten, sondern hätte dies durch den Friedensvertrag leicht erreichen können, und außerdem würde England in diesem Falle wohl kaum so viel Wert darauf legen, die Sprengungen zu durchzuführen zu sehen, wie das geschehen ist. Gerade in den Tagen der Anwesenheit der englischen Kommission sind ganz erhebliche Sprengungen von ehemaligen Verteidigungsanlagen vorgenommen worden, und jeden Tag werden ohne Rücksicht auf den Reiseverkehr welche vorgenommen. Das Hamburger Blatt hat sich anscheinend zu politischen Erwägungen mißbrauchen lassen, die zu durchsichtig sind, und nur niedriger gehängt werden sollen.

Eine andere, die Helgoländer bewegende Frage ist, ob die Insel preussisch bleiben soll. Hierzu wird aus Berlin berichtet: Der Minister des Innern Dominicus empfing vor kurzem eine Abordnung aus Helgoland, die den Wunsch ausbrachte, Helgoland möge aus dem preussischen Staatsverband ausgegliedert werden, und wie ein unmittelbares Reichsland — also wie früher Elsass-Lothringen — behandelt werden. Diese Bewegung geht im Grunde genommen nur von drei bis vier Personen aus, die auf der Insel separatistische Agitation betreiben. Die preussische Regierung ist den Wünschen der Inselbevölkerung durchaus entgegengekommen. Das Gemeindevorstand der Helgoländer bietet genügend Sicherheiten, um eine Uebereinstimmung der eingewiesenen Helgoländer durch Ortsfremde zu verhindern. Die Helgoländer haben auch, aus diesem Wahlrecht Nutzen gezogen. Die aus neun Personen bestehende Gemeindevorstellung umfaßt sechs Vertreter der Helgoländer, zwei Sozialdemokraten und einen Gemeindevorsteher, den man als zur deutschen Gruppe gehörig bezeichnet hat. Der Kern der neuen Bewegung liegt darin, daß die Helgoländer die neuen Reichssteuer nicht bezahlen wollen. Auch in diesem Punkte sind die Reichs- und die Staatsregierung den Inselanwesenden entgegengekommen. Minister Dominicus hat bei ihm vorkommenden Abordnung erklärt, daß das auf Preußen entfallende Einkommensteuergeld von den Helgoländern nicht gezahlt zu werden braucht. Die Helgoländer Bevölkerung hat demnach nur noch ein Drittel der Steuer zu tragen, da das zweite Drittel der Gemeinde selbst zuzählt.

Staatssekretär a. D. Trimborn †

Staatssekretär a. D. Geheimrat Trimborn, Vorsitzender der Zentrumsfraktion des Reichstages und der deutschen Zentrumspartei, ist Montag abend 8 Uhr gestorben. Er ist vor einiger Zeit operiert worden und Montag an den Folgen dieser Operation entfallen. Die Beerdigung findet voraussichtlich am Freitag in seinem Wohnort in Kiel am Rhein statt.

Der plötzliche Tod des Zentrumsführers Karl Trimborn bedeutet vor allem für seine Partei einen schweren Verlust. Als Vorsitzender des Volksvereins für das katholische Deutschland, als Parteivorstand

und als Vorsitzender der Reichstagsfraktion des Zentrums Abte der erfahrenen Parlamentarier einen sehr weitreichenden Einfluß auf alle Richtungen und auf die politischen Entscheidungen des Zentrums aus. Seine liebenswürdige Persönlichkeit, sein trefflicher rheinischer Humor und seine überlegene Taktik ließen ihn leichter als andere die Schwierigkeiten überwinden, die ihm als Führer des Zentrums häufig entgegenstehen mußten. Mit seinem verstorbenen Freund und Vorgänger in der Parteiführung Erber rechnete man Trimborn zum linken Flügel seiner Partei; als Vorsitzender hat er in den letzten Jahren aber wohl seine Hauptaufgabe im Ausgleich der Gegensätze gesehen. Trimborns Bedeutung ragte indessen weit über die Parteigrenzen hinaus. Schon von der kaiserlichen Regierung wurde er während des Krieges stark für die Verwaltung Belgiens herangezogen, und als Generalkonferenz für das belgische Unterrichtswesen hat er erfolgreich in Brüssel gewirkt. Unmittelbar vor dem Zusammenbruch wurde er neben Haugmann und Scheibmann vom Reichskanzler Prinz von Baden zum Staatssekretär ernannt. Nach der Revolution stieg jedoch auch ohne Staatsamt sein Einfluß immer mehr und in allgemeiner Erinnerung ist noch, daß ihm nach den letzten Reichstagswahlen vorübergehend die Bildung einer neuen Koalitionsregierung vom Reichspräsidenten angetragen wurde. Er lehnte ab, blieb aber bis zu seinem Tode in der Parteipolitik, im Reichstag und in der vaterländischen Entwicklung ein überaus einflussreicher Mann. Seine Klugheit war bei den Parteifreunden und den Gegnern ebenso hoch geschätzt, wie seine Loyalität, seine taktische Geschicklichkeit wurde ebenso gerühmt wie seine persönliche Zuerlässigkeit. Deshalb empfanden an seiner Bahre auch die parteipolitischen Gegner Trimborns Tod als einen schmerzlichen Verlust. Die demokratische Parteileitung und die demokratische Reichstagsfraktion haben ihre Teilnahme telegraphisch abgemeldet.

Der frühere preussische Justizminister v. Beseler †

Der frühere preussische Justizminister Dr. Max Beseler ist am Sonntag in Berlin nach längerer Krankheit im 80. Lebensjahre gestorben. — Die politische Öffentlichkeit beschäftigte sich mehrfach mit der Amtsführung des Ministers, so besonders nach den Sensationsprozessen, die sich an die Gulenbura-Affäre anknüpften. Die Rechtlichkeit und der Billigkeitssinn, mit der Beseler sein Ministerium leitete, wurden aber allgemein anerkannt. Beseler war streng konstant: die parlamentarische Regierungsform war nicht nach seiner Ueberzeugung.

Noch keine völlige Einigung?

Zurechtweisung Frankreichs durch Lord Curzon.

Der diplomatische Mitarbeiter der Agence Havas glaubt zu wissen, daß nach Montag abend aus London eingegangenen Nachrichten der französische Voteshafter im Verlaufe einer Unterhaltung mit dem britischen Außenminister im Namen seiner Regierung deren grundsätzliche Zustimmung ausgesprochen habe zu der Berufung des Obersten Rates zum 4. August und zu der vorherigen Prüfung des oberschlesischen Problems durch eine Sachverständigenkommission unter der Bedingung, daß die Regierungsoberhäupter sich zur festgesetzten Zeit versammeln, wie auch das Resultat der Arbeiten der Sachverständigen ausfallen möge. Dagegen soll der britische Außenminister in aller Form seinen Widerspruch gegen die Entsendung von Verstärkungen nach Oberschlesien aufrechterhalten haben; u. a. habe er versichert, daß diese Maßnahme die mit vieler Mühe im Abstimmungsgebiet wiederhergestellte Ruhe unterbrechen würde, daß sie außerdem einen entschieden deutschfeindlichen Stempel tragen würde, daß die Entscheidung für Deutschland den Eindruck hervorrufen würde, daß die Entscheidung für Deutschland ungünstig ausfallen werde, daß schließlich Frankreich am Rhein gegen Truppen haben, um Deutschland zur Verurteilung zu bringen, und daß Deutschland versuchen würde, sich der Durchführung des Schiedspruches des Obersten Rates über Oberschlesien zu widersetzen. Da die vorherige Entsendung von Verstärkungen bisher in Frankreich unentbehrlich angesehen wurde, und zwar vor jeder Entscheidung, so bestrebe man sich nun über letzteren Punkt eine Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und England.

Ob die Meinungsverschiedenheit über den letzteren den wichtigsten Punkt durch die nun in aller Form erfolgte Einberufung der Konferenz als beigelegt anzusehen ist, läßt sich aus dem mit der üblichen satonischen Kürze formulierten Wortlaut der Neutermindung nicht erkennen. Aus den Mitteilungen der Agence Havas, der amtlichen Nachrichtenstelle Frankreichs geht immerhin mit aller Deutlichkeit hervor, daß der französische Voteshafter sich von dem Leiter der englischen Politik allerlei unangenehme Dinge hat sagen lassen müssen und daß der Engländer mit dem Franzosen nicht viel Federlesens gemacht hat. Der Umstand, daß dieser für die französische Diplomatie nicht sehr günstige Unterhandlungston sogar in der offiziellen französischen Nachricht so deutlich erkennbar wird, läßt

wiederum darauf schließen, daß die Engländer sich von ihrer Meinung in der Truppenfrage nichts abhandeln lassen wollen.

Fortdauer der Widersprüche.

Wie dem B. T. gemeldet wird, legen die amtlichen Stellen Londons Wert darauf, zu betonen, daß bis jetzt die Lage zwischen den beiden Kabinetten in Paris und London völlig unverändert ist. Die Konzeptionen, die England zu machen bereit ist, was die Entsendung französischer Truppen nach Oberschlesien betrifft, seien immer noch vollkommen abhängig von der Abhaltung einer Konferenz des Obersten Rates. Von französischer Seite wird dauernd der Versuch gemacht, durch irreführende Nachrichten das Publikum über den Ernst des Gegenstandes zwischen den beiden Kabinetten hinwegzutäuschen.

Noch keine Entspannung der Lage.

Die Neue Zürcher Stg. meldet aus Paris: Trotz der französischen Zustimmung zum Zusammentritt des Obersten Rates wird in den Abendsetzungen des Montags keine Entspannung der Lage konstatiert. Matin und Journal schreiben: Eine Einigung mit Lloyd George wäre nur möglich auf der Grundlage der unbedingten Annahme der Vorschläge Briands.

Drohende Verschärfung in der oberschlesischen Frage?

Die oberschlesische Frage ist fortlaufend Gegenstand von Beratungen und Konferenzen im Reichskabinett. Die beabsichtigte Ferienreise des Außenministers Dr. Rosen ist verschoben worden. Gestern früh sprach Minister Rosen in der französischen und dann anschließend in der englischen Botschaft vor. Auch die Einberufung des Ausschusses für Auswärtiges wird ventiliert für den Fall, daß die oberschlesische Frage in den nächsten Tagen eine weitere Verschärfung erfahren sollte, was man an unterrichteten Stellen für durchaus nicht ausgeschlossen erachtet. Truppenentsendungen über Mainz haben jedenfalls bis gestern abend noch nicht begonnen, obwohl in Mainz und in der Pfalz seit Tagen große Verstärkungen eingetroffen sind.

Russische Hungerkatastrophen.

St. Die gewaltige Hungerkatastrophe, die über Russland hereingebrochen ist, ist auf russischem Territorium keine völlig neue Erscheinung. Schon früher haben von Zeit zu Zeit verheerende Hungerkatastrophen fast mit periodischer Sicherheit weite Strecken des großen Reichtums heimgesucht. Das Regierungssystem der russischen Zaren, das den Bauer in die ungünstigste soziale Lage drückte, war nicht geeignet, solche Katastrophen für die große Masse der Bauernschaft erträglich zu gestalten. Vor allen Dingen war es der Bodenmangel, der damals mit jeder schlechten Ernte sofort die Hungersnot für viele Bauern mit sich brachte. Selbst nach der Aufhebung der Leibeigenschaft im Jahre 1861 wurde die soziale Stellung der Bauern durch die Lasten, die für die Ablegung der Leibeigenschaft gezahlt werden mußten, fast unerträglich gestaltet. Raum 30 Prozent der Bodenflächen befanden sich in den Händen des viele Millionen zählenden Bauernstandes. 70 Prozent der Bauernschaft litt schon in normalen Zeiten unter diesem Bodenmangel, und die Agrarkommission des russischen Ministers Witte stellte im Jahre 1903 fest, daß bei einer normalen Ernte das Ernährungsquantum des Bauern durchschnittlich 30 Prozent unter seinem Existenzminimum blieb. Es war leicht begreiflich, daß bei solchen Zuständen jede Mißernte gleichbedeutend mit gewaltiger Hungersnot war. Der Staat mußte dann viele Gelder für die hungernde Bevölkerung auswerfen. Infolge von Mißernten mußten in der Zeit von 1901 bis 1905 zur Unterstützung 18 Millionen Rubel ausgegeben werden. Im Jahre 1906 waren es sogar 115 Millionen. Die Verschlagung des Großgrundbesitzes, die die Sowjetregierung vorgenommen hat, hat, wie sich jetzt zeigt, diesen Gefahren leider nicht abhelfen können. Die kleinen Bauern waren nicht in der Lage, das ihnen zugewiesene Land zu bestellen, da es ihnen zum Teil an Arbeitskräften, zum anderen Teil an landwirtschaftlichen Geräten, fehlte. Die Sowjetregierung nicht beschaffen konnte. So lag der Boden entweder brach, oder er fiel den Großbauern anheim, die in Wahrheit die Nutznießer der bolschewistischen Agrarier geworden sind. Die gewaltsamen Requisitionen, die die Sowjetregierung bei den Bauern durchführte, verminderte noch zusätzlich die Anbaufläche und hatte eine weitere Verkleinerung der Anbaufläche zur Folge. So kam es, nach der offiziellen Statistik der Sowjetregierung im Jahre 1919, daß nicht mehr als 11 Millionen Desjatinen bebaut waren. Noch im Jahre 1918 hatte die Anbaufläche 38 Millionen Desjatinen betragen. Wenn es 1919 nicht bereits zur Hungerkatastrophe kam, so nur deshalb, weil dieses Jahr eine sehr reiche Ernte gehabt hatte. Trotzdem waren schon damals gewaltige Lebensmittelknappungen notwendig, die sich sogar teilweise auf die Bauern erstreckten. 1920 trat eine weitere Verkleinerung der Anbaufläche ein, und schon damals konnte die russische Regierung nur mit Hilfe der großen Requisitionen, die auf dem Schwarzmarkt durch Polen gemacht wurden, die Katastrophe verhindern. Aber es war klar, daß 1921 eine weitere